

ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie



Ungenehmigtes Castor-Zwischenlager im Forschungszentrum Jülich

Foto: Andreas Endermann / dpa

Stoppt die Atommüll-Exporte in die USA!

Während die Atommüll-Kommission palavert, will die Regierung Fakten schaffen

Liebe Freundinnen und Freunde,

wie unendlich weit klaffen doch Anspruch und Wirklichkeit in Sachen Atommüll auseinander: In der Kommission ist groß die Rede von Verantwortung. In der Realität wollen die Stromkonzerne die Folgekosten der Atomkraft der Allgemeinheit aufbürden. Und die Regierung schmiedet munter Pläne für einen Export hochradioaktiven Atommülls in die USA. Von Verantwortung keine Spur.

Die ersten Sitzungen der Atommüll-Kommission haben alle Befürchtungen gegenüber diesem Gremium noch getoppt: Entscheidungen fallen nicht im Konsens, sondern die Mehrheit überstimmt die Minderheit. Die Kommission arbeitet intransparent und beteiligt die Betroffenen der Atommüllmisere in keinsten Weise. Die von Umweltverbänden und Initiativen im Vorfeld formulierten Bedingungen, unter de-

nen eine gesellschaftliche Verständigung in Sachen Atommüll gelingen könnte, spielen keine Rolle (S. 6/7).

Und während in der Kommission alle um den heißen Brei herumreden, fallen in den Ministerien schwerwiegende Entscheidungen. So wollen Bund und Land NRW insgesamt 457 Castor-Behälter mit hochradioaktiven Abfällen aus Jülich und Ahaus in die USA exportieren. Dabei steht im Endlagersuchgesetz, dass kein Atommüll exportiert werden darf. Anspruch und Wirklichkeit: Was mit dem Strahlenmüll passieren soll, wird erneut intransparent und ohne Beteiligung der Öffentlichkeit entschieden. (S. 2/3)

Ähnliches gilt für das vergiftete Angebot der Stromkonzerne, ihre Rückstellungen für den Abriss der AKW und die Lagerung des Atommülls dem Staat zu vermachen, wenn sie damit zukünftig nicht mehr für

steigende Kosten haften müssen. Verhandelt wird auch hier im Geheimen, die Bevölkerung darf nicht mitreden. Viele mischen sich trotzdem ein: Schon mehr als 48.000 protestieren gegen diese „Bad Bank“-Pläne der Atomwirtschaft. Wir bleiben dran! Du auch? (S. 4/5) *Das .ausgestrahlt-Team*

„Eine extrem unfaire Risikoteilung“

Bettina Meyer, Diplom-Volkswirtin, über den Versuch der Energiekonzerne, die Kosten für den Abriss der AKW und die Lagerung des Atommülls auf die Allgemeinheit abzuwälzen

Seiten 4-5

Anspruch und Wirklichkeit

Wie die Atommüll-Kommission wirklich arbeitet

Seiten 6-7 und 16

„Sie wollten mich immerzu überreden“

Gartenbank im Anti-Atom-Dienst, Sticker am Rollator und der sogenannte Ätsch-Effekt

Seiten 14-15

Atommüll-Export stoppen – Aktionspostkarte hinten im Heft!

Rundbrief kostenlos
abonnieren: Seite 12

Der geheime Plan zum Atommüll-Export

Atommülltransporte zur „Wiederaufarbeitung“ – das ist offiziell seit 2002 verboten. Bund und Land NRW wollen dennoch fast 500 Castoren in eine Wiederaufarbeitungsanlage

Viel war in den vergangenen Jahren die Rede von der Verantwortung, die man für den Atommüll übernehmen müsse. Ein Abschieben der Abfälle ins Ausland komme nicht in Frage, beteuerten PolitikerInnen aller Couleur. Selbst in Gesetzen schlug sich diese Haltung nieder. Das Atomgesetz etwa verbietet seit Mitte 2005 Transporte abgebrannter Brennelemente zur Wiederaufarbeitung ins Ausland – ein zumindest indirekter Schlussstrich unter diese besonders schmutzige Seite des Atomgeschäfts, denn Wiederaufarbeitungsanlagen sind bekanntlich wahre atomare Dreckschleudern. Auch im Endlagersuchgesetz, das der Bundestag im Juli 2013 verabschiedete, ist gleich im ersten Paragraphen explizit davon die Rede, dass kein Atommüll – „einschließlich abgebrannter Brennelemente“ – exportiert werden soll.

Das jedoch hinderte weder das Bundesforschungsministerium noch das Wissenschaftsministerium von Nordrhein-Westfalen, neun Monate später, im April 2014, mit dem US-Energieministerium (DOE) eine

Anzeigen

**energy transition?
...energy turnaround?**



Foto: Carthago City, Aulendorf, 1.1 MW

**the world speaks of the german
“energiewende”!**

2014: Kohle und Atomausstieg voranbringen! Wir realisieren Solarprojekte. Interessiert an einer Beteiligung?

OBERSCHWABEN SOLAR
Sinnvoll investieren

Tel. 0751/97719770 Fax 0751/97719772
www.oberschwaben-solar.de
info@oberschwaben-solar.de

Absichtserklärung zum Export der hochradioaktiven abgebrannten Brennelemente aus den stillgelegten Atomkraftwerken AVR Jülich und THTR Hamm-Uentrop zu unterzeichnen. Demnach sollen die rund eine Million kugelförmiger, etwa tennisballgroßer Brennelemente in der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) H-Canyon im militärisch-atomaren Komplex Savannah River Site (SRS) wiederaufgearbeitet werden. Danach sollen sämtliche Abfälle in den USA verbleiben – obwohl es auch dort kein Endlager gibt. Export und Wiederaufarbeitung würden das Atommüllproblem also nur verschieben, nicht lösen.

Derzeit liegen die Brennelemente verpackt in 457 Castor-Behälter in Zwischenlagerhallen in Jülich und Ahaus. Sie bestehen aus einem Grafit-Uran-Gemisch. Vor der eigentlichen „Wiederaufarbeitung“, also dem Auflösen der Spaltstoffe in Säure und dem Extrahieren von Uran und Plutonium daraus, müsste zunächst einmal das Grafit abgetrennt werden. Weil es dafür bisher kein Verfahren gibt, zahlt das Forschungszentrum Jülich einen Millionenbetrag, damit das Savannah River National Laboratory dies entwickelt. Auch die Vorarbeiten für die Umweltverträglichkeitsprüfungen, mit denen das DOE bereits begonnen hat, werden von Deutschland finanziert. Insgesamt könnte der gesamte Atommülldeal am Ende mit 450 Millionen Euro zu Buche schlagen, schrieb der „Spiegel“.

Gesellschafter des Forschungszentrums Jülich (FZJ), das früher Kernforschungsanlage Jülich hieß, sind der Bund

(90 Prozent) und das Land NRW (10 Prozent). Wesentliche Beschlüsse muss die Gesellschafterversammlung und/oder der Aufsichtsrat des FZJ treffen beziehungsweise billigen. Darin sind die Wissenschafts- und Umweltministerien von Bund und Land maßgeblich vertreten. Als Atomaufsicht haben das Wirtschaftsministerium NRW sowie das Bundesumweltministerium mitzureden; sie müssten den Export als „schadlose“ Beseitigung der Abfälle anerkennen. Wegen der Brisanz der Abfälle müsste auch das Bundeswirtschaftsministerium sowie das Auswärtige Amt einem Export zustimmen.

Das FZJ hätte, so steht es in der Genehmigung des Zwischenlagers von 1993, bereits Mitte 2007 einen Plan vorlegen müssen, was mit dem Strahlenmüll geschehen soll. Tatsächlich passierte bis heute nicht viel: Das FZJ beantragte zunächst, den Abfall einfach weiter liegen zu lassen, dann, ihn ins Zwischenlager Ahaus zu transportieren, dann wieder eine neue Genehmigung für die Lagerhalle in Jülich. Tatsächlich will es den Müll, der an die unruhlichen Reaktorexperimente erinnert, aber am liebsten loswerden. Kein Wunder also, dass es die notwendigen Nachweise etwa zur Erdbbensicherheit der Halle bis heute nicht beigebracht, geschweige denn, die Planung einer neuen, erdbebensicheren Halle begonnen hat. Mitte 2013 lief die Genehmigung für die Aufbewahrung des Atommülls in Jülich ab. Inzwischen hat die Atomaufsicht die Räumung des Lagers verfügt – wohin mit dem Müll, steht nicht dabei.

DIE Druckerei für Recyclingpapier



recycling-flyer

www.recyclingflyer.de



in den USA schaffen

Die Savannah River Site (SRS) bei Augusta in South Carolina ist 800 Quadratkilometer groß und nach offiziellen Angaben das größte Umweltproblem des Bundesstaats. Auf dem Gelände lagert bereits Plutonium aus Kanada, Belgien, Italien und Schweden. Hinzu kommen die 180 Millionen Liter hochradioaktiver „Atomsuppe“ – Abfälle aus der Wiederaufarbeitung von Brennelementen und der Atomwaffenproduktion; die Tanks lecken bereits. Auch bei der Wiederaufarbeitung der Brennelemente aus den beiden deutschen Reaktoren würde „Atomsuppe“ anfallen und erhebliche Mengen radioaktiver Stoffe in die Umgebung gelangen. Die Anlage untersteht weder der Kontrolle der amerikanischen Atomaufsicht (NRC) noch der IAEA. Eine Verwendung des aus den Brennelementen extrahierten Spaltstoffs für militärische Zwecke ist nicht ausgeschlossen. Die örtliche Bürgerinitiative „Savannah River Site Watch“ kritisiert den geplanten Atommüllimport aufs Schärfste.

.ausgestrahlt fordert, die Pläne zum Export des Atommülls in die USA umgehend fallen zu lassen. Atommüll ins Ausland abzuschieben, löst das Atommüllproblem nicht, sondern schafft nur einen gefährlichen Präzedenzfall. Bundes- und Landesregierung dürfen dies nicht unterstützen. Stattdessen müssen sie dafür sorgen, dass in Jülich und Ahaus Lagerhallen errichtet werden, die gegen Erdbeben und Flugzeugabstürze gesichert sind. Jeder unnötige Atomtransport ist zu unterlassen. Erst wenn entschieden ist, wie und wo der Müll langfristig in Deutschland möglichst sicher gelagert werden kann, sind einmalige Atomtransporte verantwortbar. Zur Klärung all dieser Fragen muss die betroffene Bevölkerung mit einbezogen werden und mitbestimmen können.

ATOMMÜLLEXPORT IN DIE USA STOPPEN

Das kannst Du tun:

- **Unterschreibe die Aktionspostkarte**, die diesem Rundbrief beiliegt, und sende sie noch heute zurück an .ausgestrahlt. Aus Tausenden von Karten wollen wir ein **Riesen-Mosaik** erstellen, das wir für einen öffentlichkeitswirksamen Protest bei der Bundesregierung und NRW-Landesregierung nutzen werden.
- **Zusätzliche Aktionspostkarten zum Verteilen, Unterschriftenlisten** und „Spuckis“ kannst Du kostenlos auf Seite 11 bestellen.

Weitere Infos findest Du auf
www.ausgestrahlt.de



Forschungsreaktor oder AKW?

Für den geplanten Export wollen Regierung und FZJ Schlupflöcher nutzen, wonach Export und Wiederaufarbeitung von Abfällen aus „Forschungsreaktoren“ weiterhin erlaubt sind. Nur: Der AVR war kein Forschungsreaktor und auch nie als solcher gedacht. Schon der Bauauftrag kam von 15 kommunalen Energieversorgern, diese bestellten ein „Kernkraftwerk mit einer Leistung von 15 MW“ und erwogen mehrere Standorte fernab des Forschungszentrums. Während seiner Betriebszeit von 1966 bis 1988 speiste der AVR 1,63 Terawattstunden Strom ins Netz ein. Das Deutsche Atomforum stellte ihn noch in seinem Jahreskalender 2010 als „Kernkraftwerk“ vor. Und sowohl bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) als auch beim Bundesamt für Strahlenschutz ist er bis heute als Atomkraftwerk und nicht als Forschungsreaktor gelistet.

Foto: Maurice van Bruggen

„Eine extrem unfaire Risikoteilung“

Bettina Meyer, Diplom-Volkswirtin, über den Versuch der Energiekonzerne, die Kosten für den Abriss der AKW und die Lagerung des Atommülls auf die Allgemeinheit abzuwälzen

Frau Meyer, die AKW-Betreiber haben sogenannte Rückstellungen gebildet, um den Abriss der AKW und die jahrtausendelange Lagerung des Atommülls zu bezahlen. Was muss man sich darunter vorstellen?

BETTINA MEYER: Vereinfacht gesagt: Die Konzerne haben Einnahmen aus dem Verkauf des Atomstroms. In ihrer Bilanz ziehen sie von diesen Einnahmen ihre Ausgaben beispielsweise für Gehälter und Brennelemente ab; so errechnen sie ihren Gewinn. Rückstellungen zu bilden bedeutet, dass sie auf dem Papier auch Kostenpositionen verbuchen, die tatsächlich erst Jahre bis Jahrzehnte später anfallen. Auf dem Papier, in ihrer Bilanz, vermindert das ihren Gewinn und damit auch ihre Steuerlast – obwohl die Mittel noch nicht verausgabt wurden und intern zur Verfügung stehen.

Sie haben die Rückstellungen also auf die hohe Kante gelegt?

Eben nicht. Sie haben sie verwendet für zum Beispiel Unternehmenskäufe, Beteiligungen oder Investitionen. Obwohl sie diese Mittel nie regulär als Gewinne versteuern mussten, konnten und können sie damit wirtschaften. Denn der Zeitpunkt, zu dem sie die Ausgaben tatsächlich tätigen müssen, kommt ja erst noch.

Wie hoch sind diese Rückstellungen?

Ende 2013 betragen sie ca. 36 Milliarden Euro für die deutschen AKW.

Wer legt fest, wie hoch sie sein müssen?

Die AKW-Betreiber selbst müssen die Kosten für Stilllegung, Rückbau und Lagerung des Atommülls schätzen. Es gibt aber Vorschriften aus dem Atom-, Bilanz- und Steuerrecht. Die Rückstellungen für die Stilllegung müssen zum Beispiel nach 25 Betriebsjahren vollständig aufgebaut sein.

Dieses Alter haben selbst die jüngsten AKW in Deutschland erreicht.

Ja. Dieser Teil der Rückstellungen müsste seinen Höhepunkt im Prinzip also bereits

erreicht haben. Er könnte zukünftig nur noch steigen, wenn die Unternehmen von niedrigeren Zinserträgen in den kommenden Jahrzehnten ausgingen. Oder von höheren Kosten. Die Rückstellungen für die Entsorgung hingegen steigen noch mit der Menge der abgebrannten Brennelemente. Und die Rückstellungen für die außer Betrieb genommenen Atomkraftwerke werden durch die Stilllegungsarbeiten bereits peu à peu wieder aufgezehrt.

Wie verlässlich sind denn Annahmen zu den Kosten für den Abriss der AKW und die jahrtausendelange Lagerung des Atommülls?

Dazu gibt es keine fundierte Schätzung, unter anderem weil es auch weltweit noch kein Endlager als Referenzprojekt gibt. Und man weiß auch von weniger komplexen Großprojekten, dass die Kosten regelmäßig um 20 bis 40 Prozent steigen. Auch 100, 200 oder 500 Prozent sind schon vorgekommen. Also im Moment kann keiner seriös schätzen, was Stilllegung, Rückbau und Entsorgung am Ende kosten werden.

Sind die Berechnungen der Konzerne zumindest nachprüfbar?

Nein, das ist ein großes Problem. Der Staat sollte unbedingt für vollständige Transparenz sorgen: Wie haben die AKW-Betreiber kalkuliert? Welche Kosten schätzen sie? Im Moment sind das interne Studien von Tochterunternehmen der Stromkonzerne. Die beiden zentralen Forderungen sind, dass die Betreiber ihre Rückstellungen für jedes AKW einzeln und jeweils aufgeteilt auf Stilllegung, Rückbau und Entsorgung bilanzieren müssen

Bettina Meyer, Diplom-Volkswirtin, ist Vorstandsmitglied des Forums ökologisch-soziale Marktwirtschaft. 2012 verfasste sie für Greenpeace die Studie „Rückstellungen für Stilllegung/Rückbau und Entsorgung im Atombereich. Thesen und Empfehlungen zu Reformoptionen“. www.foes.de/themen/atomenergie



Foto: privat

– sonst kann man nicht vergleichen und unabhängig überprüfen.

Die AKW-Betreiber haben diese Milliarden zum Teil schon vor Jahrzehnten eingenommen – und nie versteuert. Ist das nicht ziemlich ungewöhnlich?

Rückstellungen selbst sind nicht ungewöhnlich. Auch jeder Kiesgrubenbetreiber muss für die Renaturierung der Grube Rückstellungen bilden und auch dort erfolgt keine Besteuerung. Das Besondere bei den Atomrückstellungen ist ihre außergewöhnliche Höhe und Langfristigkeit. Das verschafft den Konzernen einen enormen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Energieunternehmen, die keine AKW betreiben.

Haben Sie mal versucht, diesen Vorteil zu beziffern?

Wir haben seitens des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft in einer Studie den wirtschaftlichen Vorteil, den die AKW-Betreiber aus der Verfügbarkeit der Rückstellungen für Investitionen ziehen konnten, von 1970 bis heute auf über 70 Milliarden Euro geschätzt. Wobei man trotzdem sagen kann: Gut, dass es Rückstellungen gibt. Ohne sie hätte die Gesellschaft schlechte Chancen, die Betreiber nach dem Verursacherprinzip für die Kosten von Stilllegung, Rückbau und Entsorgung heranzuziehen. Denn die AKW-Betriebsgesellschaften haben nach Stilllegung ihrer Reaktoren keine Einnahmen mehr. Ihren Zahlungsverpflichtungen müssen sie aus den Rückstellungen nachkommen.

Sie haben das Geld aber nicht angespart, sondern investiert.

Soweit das werthaltige Investitionen sind, können die AKW-Betreiber aus deren Erträgen oder ihrem Verkauf die anfallenden Ausgaben bezahlen.

Die Konzerne jammern derzeit alle, dass einige ihrer Investitionen deutlich an Wert verloren haben und verlieren.

Naja, sie machen überwiegend immer noch Gewinne, wenn auch deutlich weniger als in früheren Jahrzehnten. Damals waren Renditen von 15 Prozent und mehr an der Tagesordnung.

Angenommen, man würde das Geld sofort einfordern, um es zum Beispiel in einen öffentlich-rechtlichen Fonds zu verlagern – was würde passieren?

Für die Konzerne wäre das eine enorme wirtschaftliche Belastung und es ist zweifelhaft, ob eine sofortige volle Einzahlung der Rückstellungen machbar wäre. Die Konzerne haben aber laut Presseberichten selbst vorgeschlagen, die Rückstellungen in eine Stiftung zu überführen. Möglicherweise können sie Kredite zur Finanzierung aufnehmen. Wenn sie im Gegenzug das Risiko loswürden, dass sie die Entsorgung am Ende deutlich teurer kommt, würden sie das möglicherweise in Kauf nehmen – und von verbesserter Kreditwürdigkeit profitieren.

Wir reden ja über ein sogenanntes Endlager, das nicht vor 2050, 2060, 2080 in Betrieb gehen wird. Wie sicher ist, dass das Geld dann noch da ist?

Sicher ist das überhaupt nicht. Es besteht zum einen das Risiko, dass die Kosten der Endlagerung deutlich höher sein werden als nach heutigen Kostenschätzungen – die der Rückstellungsbildung zugrunde liegen – erwartet und man an die Betreiberkonzerne nicht mehr wirksam herankommt, um Nachzahlungen durchzusetzen. Ein Risiko ist, dass die Muttergesellschaften selbst pleitegehen; ausschließen kann man das jedenfalls nicht. Dann gibt es noch das Risiko, dass die Muttergesellschaften versuchen, die Verantwortung für ihre AKW-Töchter loszuwerden, indem sie den Unternehmensverbund beziehungsweise die Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträge kündigen. Da müsste der Staat vorbeugen, indem er den Muttergesellschaften so ein Davonstehen maximal erschwert.

Die AKW-Betreiber selbst haben sich 2001 im Rahmen des rot-grünen „Atomkonsens“ in sogenannten Patronatserklärungen verpflichtet, für ihre Töchter einzustehen ...

... allerdings nach derzeitigem Stand nur bis zum 27. April 2022.

Und darüber hinaus? Gibt es keine dauerhafte gesetzliche Verpflichtung der Muttergesellschaften, für die Verpflichtungen ihrer Töchter einzustehen?

Die gibt es bisher nicht. Es ist eine meiner zentralen Forderungen, dass der Gesetzgeber eine solche Verpflichtung schaffen muss. Zeitlich müsste diese bis zum Abschluss aller Arbeiten bei Stilllegung, Rückbau und Entsorgung reichen – also möglicherweise bis zum Ende des Jahrhunderts.

Ist die Situation bei Vattenfall tatsächlich besonders besorgniserregend?

Die deutsche Muttergesellschaft von Vattenfall ist als GmbH organisiert ...

... das heißt: „mit beschränkter Haftung“ ...

... und verfügt nur über 500 Millionen Euro Eigenkapital. Der schwedische Staatskonzern selbst ist seit der Umorganisation im Jahr 2012 außen vor. Bundesregierung und Bundestag müssten also sicherstellen, dass stets die oberste Konzernebene mit haftet. Und sie müssten unterbinden, dass Konzerne wesentliche gewinnbringende Teile ihres Geschäfts abtrennen oder verkaufen.

Wäre es nicht sinnvoller, die Rückstellungen gleich in einen öffentlichen Fonds zu überführen?

Für die kompletten Rückstellungen könnte das wirtschaftlich unzumutbar sein; das Risiko, dass die Konzerne dagegen erfolgreich klagen, wäre hoch. Zumindest mit den langfristigen Rückstellungen insbesondere für die Endlagerung sollte man das aber tun. Das dürfte etwa die Hälfte sein. Für die andere Hälfte sollte der Staat besagte Sicherungsmaßnahmen treffen: Transparenz, Insolvenzschutz, Verpflichtung zu Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen und so weiter.

Die Konzerne selbst haben eine Stiftung vorgeschlagen, der sie ihre Rückstellungen übertragen könnten – allerdings unter der Bedingung, dass sie damit ein für alle Mal aus dem Schneider sind.

KEINE „BAD BANK“ FÜR AKW

Das kannst Du tun:

- Mehr als 48.000 Menschen haben bereits klargestellt: „Wir zahlen nicht für euren Müll!“ Fordere auch Du die Bundesregierung auf, den Atomkonzernen ihre Rückstellungen abzunehmen, sie aber nicht aus ihrer Haftung zu entlassen. **Unterschreiben** kannst Du online, Unterschriftenlisten gibt's auf Seite 11 oder als PDF zum selbst Ausdrucken.
- Verteile **Flugblätter**, klebe **Aufkleber**, hänge **Info-Plakate** und **Banner** auf, sammle Unterschriften. Materialien kannst Du auf Seite 11 bestellen, größtenteils sogar kostenlos.
- Organisiere eine **„Bad Bank“-Aktion in Deiner Stadt**. Ob einfacher Infostand oder aufsehenerregendes Straßentheater: .ausgestrahlt unterstützt Dich mit Hintergrundinfos, Materialien, Aktionstipps und einer Muster-Pressemitteilung. Ein Beispiel einer besonders gelungenen Aktion findest du auf Seite 14, alles Weitere unter www.ausgestrahlt.de/badbank



Ich verstehe jede Empörung darüber, das ist schlicht inakzeptabel. Denn nach dem Verursacherprinzip müsste es natürlich so sein, dass die Konzerne alle anfallenden Fehlbeträge nachschießen müssen.

Das genau lehnen die Konzerne aber ab. Immerhin haben sie erstmals angeboten, sich einer Fondslösung nicht zu verschließen.

Sie würden also verhandeln?

Ja. Denn die Gefahr, dass die Rückstellungen nicht ausreichen für die tatsächlichen Kosten oder dass sich die Konzerne aus dem Staub machen, besteht in jedem Fall. Nur, deswegen auf eine Nachschusspflicht der Konzerne vollständig zu verzichten, das wäre eine extrem unfaire Risikoteilung. **Interview: Armin Simon**

Es geht immer noch schlimmer

Anspruch und Wirklichkeit der Atommüll-Kommission

.ausgestrahlt hat sich wie fast alle mit dem Thema Atommüll befassten Umweltverbände und Initiativen dagegen entschieden, einen der beiden für die Anti-Atom-Bewegung vorgesehenen Plätze in der Atommüll-Kommission einzunehmen. Doch wir schauen ihr auf die Finger. .ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay hat als „ständiger Beobachter“ von einem Zuschauerplatz aus die ersten Sitzungen der Kommission am 22. Mai und 30. Juni 2014 in Berlin verfolgt. Hier beschreibt er seine Eindrücke, indem er die ersten Ergebnisse mit den vorher formulierten Ansprüchen vergleicht. Ausführlichere Berichte findest Du im .ausgestrahlt-Blog (www.blogs.ausgestrahlt.de/atommuell).

Transparenz

Anspruch: Die Kommission soll öffentlich und nachvollziehbar arbeiten, damit die BürgerInnen die Möglichkeit haben, die Diskussion zu verfolgen und mitzuwirken. Schließlich formuliert das Endlagersuchgesetz als Ziel der ganzen Debatte einen gesellschaftlichen Konsens in der Atommüll-Frage.

Wirklichkeit: Bei der ersten Sitzung gab es nur 20 Plätze für ZuschauerInnen. Weitere Interessierte wurden abgewiesen. Die Sitzung wurde nicht einmal per Livestream im Internet übertragen. Ein später ins Netz gestellter Mitschnitt ist bis heute unvollständig. Es gibt auch kein Wortprotokoll der Sitzungen. Wichtige Dokumente finden sich nicht auf der Webseite der Kommission. Der Vorschlag, jede zweite Sitzung in potenziell betroffenen Regionen abzuhalten, wurde abgelehnt. Bei der zweiten Sitzung gab es dann zwar eine Live-Übertragung im Internet. Aber es war faktisch unmöglich, der Debatte inhaltlich zu folgen, weil über schriftliche Vorlagen diskutiert wurde, die nur den Kommissions-Mitgliedern vorlagen. Bis zum Redaktionsschluss dieses Rundbriefs (24.7.) ist die am 30. Juni beschlossene Geschäftsordnung nicht veröffentlicht, obwohl gerade diese Spielregeln der Kommissions-Arbeit wesentlich dafür sein können, wer wen wie künftig über den Tisch zieht oder nicht.

Konsens

Anspruch: Die Parteien betonten im Vorfeld, wie wichtig Konsensentscheidungen in der Kommission seien. Das Parlament hatte noch im April beschlossen: „Der Deutsche Bundestag appelliert, durch

prozessuale Regelungen das Konsensprinzip in der Kommission zu stärken. Das Konsensprinzip sollte gerade bei Geschäftsordnungsfragen (...) eine wichtige Leitlinie sein.“

Wirklichkeit: Die Vorsitzende Ursula Heinen-Esser (CDU) erklärte in der ersten Sitzung, Konsensentscheidungen müssten ja nicht immer einstimmig sein. In der zweiten Sitzung wurde dann über die einzelnen Regeln der Geschäftsordnung munter abgestimmt. Fast alle Entscheidungen beschloss eine Mehrheit gegen eine Minderheit. Es wurde noch nicht einmal der Versuch unternommen, einen Konsens zu erarbeiten.

Realsatire: Mit 20 gegen 7 Stimmen beschloss die Kommission, den Paragraphen der Geschäftsordnung, der zu Konsensentscheidungen drängt, wegen seiner besonderen Bedeutung im Text vorzuziehen.

Beteiligung

Anspruch: Nachdem das Endlagersuchgesetz völlig intransparent und im kleinsten Kreis entstanden ist, waren die Beteuerungen groß, dass mit der Kommission die Zeit der Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitbestimmung der Betroffenen beginnen würde. Der Bundestag erklärte bei Einsetzung der Kommission, diese solle auch einen breiten gesellschaftlichen Diskurs organisieren. Diese Erklärung war nach Aussage des BUND ein Hauptgrund, warum der Verband seine ablehnende Haltung gegen eine Mitarbeit in der Kommission aufgab.

Wirklichkeit: Passiert ist in dieser Hinsicht bisher gar nichts. Es ist deutlich zu spüren, dass viele Mitglieder der Kommission Beteiligung entweder für völlig unnötig oder für ein notwendiges Übel halten, was aber auf möglichst geringem Niveau abgehandelt werden sollte. Eine häufig geäußerte Position: Jetzt erarbeiten wir als Kommission mal ein Ergebnis und dann kann ja wer will dazu Stellung nehmen und damit ist dann der Beteiligung Genüge getan.

Minderheitenrechte

Anspruch: Minderheitenrechte in der Kommission sind ganz wichtig. Auch wenige Mitglieder sollen eigene Gutachten in Auftrag geben können.

Wirklichkeit: Beschlossen wurde, dass Gutachten nur von mindestens sechs Mitgliedern gemeinsam beantragt werden können. Die Vertreter von BUND und Umweltstiftung können also keine Gutachten durchsetzen, wenn der Rest der Kommission dagegen ist. Erstaunlich: Der Vertreter der Umweltstiftung stimmt für die eigene Entmachtung.

Stimmrecht

Anspruch: Die Politik hob als große Besonderheit der Kommission hervor, dass die VertreterInnen von Bundestag und Bundesrat kein Stimmrecht hätten. Dies sei ein Zeichen des neuen Geistes, mit der die Politik Konsequenzen aus den Fehlern der Vergangenheit gezogen habe und außerordentlich viel Macht an Wissenschaft und Zivilgesellschaft abgebe.

„Die Akzeptanz lässt sich steigern, wenn in der Kommission nicht immer von ‚Atommüll‘ gesprochen wird.“

Bruno Thomauske, Ex-Vattenfall-Manager, Präsidiumsmitglied des Deutschen Atomforums und in die Kommission als „unabhängiger Wissenschaftler“ berufen

Wirklichkeit: Eine unklare Formulierung im Gesetz wird nun so ausgelegt, dass die PolitikerInnen in der Kommission einzig und allein beim Abschlussbericht nicht mitstimmen dürfen, bei allen anderen Fragen aber schon. Das ist fatal, denn damit können die VertreterInnen von Bundestag und Bundesrat vieles beeinflussen, müssen aber das Endergebnis nicht mittragen und mitverantworten. Sie haben so alle Möglichkeiten, im Parlament dagegen zu stimmen, sollte die Kommission Gesetzesänderungen vorschlagen.

.ausgestrahlt hatte im Vorfeld vorgeschlagen, dass die PolitikerInnen volles Stimmrecht in der Kommission bekommen, dann aber strenge Konsens-Regeln gelten müssen, um wirklich zu einer Verständigung zwischen allen Gruppen zu kommen. Das wollten die Bundestagsfraktionen und der Bundesrat aber auf keinen Fall.

Mindeststimmen beim Abschlussbericht

Anspruch: Der Bericht soll im Konsens beschlossen werden.

Wirklichkeit: In der Geschäftsordnung wurde festgelegt, ab wie vielen anwesenden Mitgliedern die Kommission beschlussfähig ist. Für den Abschlussbericht, bei der ja nur die VertreterInnen von „Wissenschaft“ und „Zivilgesellschaft“ stimmberechtigt sind, reicht die Anwesenheit von „mehr als der Hälfte“ der Mitglieder, also neun von 16. Da der Abschlussbericht notfalls mit einer 2/3-Mehrheit beschlossen werden kann, reichen theoretisch schon sechs von neun anwesenden Stimmberechtigten, um ihn zu verabschieden. Im Extremfall reicht also die Zustimmung von sechs der 16 Stimmberechtigten aus.

„ATOMMÜLL OHNE ENDE“

Info-Veranstaltung mit Jochen Stay in Deiner Stadt

In Berlin tagt die Atommüll-Kommission und versucht den Eindruck zu erwecken, das Problem sei in guten Händen.

Dabei ist das Gegenteil der Fall.

.ausgestrahlt will aufklären über die wirkliche Dimension des Atommüll-De-sasters, das Possenspiel der Kommission und über alternative Möglichkeiten, zu einem gesellschaftlichen Konsens in Sachen Atommüll zu kommen.

Jochen Stay, Sprecher von .ausgestrahlt und ständiger Beobachter der Kommissionssitzungen, kommt deshalb gerne zu einer Info-Veranstaltung in Deine Stadt – wenn Du sie organisierst.

Interesse? Fragen?

Melde Dich bei Carolin Franta im .ausgestrahlt-Büro:

carolin.franta@ausgestrahlt.de

Telefon: 040-2531 8705

KOMMENTAR

Macht dem Trauerspiel ein Ende!

Nahezu alle mit dem Thema befassten Umweltverbände und Initiativen haben sich im Vorfeld dafür ausgesprochen, die beiden für „Umweltverbände“ vorgesehenen Plätze in der Atommüll-Kommission nicht zu besetzen. BUND und Deutsche Umweltstiftung haben sich darüber hinweggesetzt. InsiderInnen sagen, dass sich der BUND gegen die Kommission entschieden hätte, wenn die im Verband aktiven Partei-MandatsträgerInnen und Partei-FunktionärInnen sich herausgehalten hätten.

Vor seiner Entscheidung hatte der BUND noch 14 Bedingungen für eine Mitarbeit in der Kommission formuliert. Erfüllt wurde nur eine. Trotzdem sitzt nun der Vizevorsitzende Klaus Brunsmeier mit am Tisch.

Selbst wer sich anfangs von einer Mitarbeit von Umweltverbänden in der Kommission auch den ein oder anderen Vorteil erhofft hatte, muss nach zwei Sitzungen feststellen: Es macht keinen Sinn. Denn die anderen Mitglieder der Runde pfeifen auf die Positionen von BUND und Umweltstiftung. Für sie reicht es aus, dass die beiden Plätze besetzt sind – damit sie hinterher sagen können: „Die Umweltverbände waren auch dabei.“

Fatalerweise positionieren sich die beiden Organisationen nun auch noch desto positiver zur Kommission, je weniger sie dort ausrichten können. Sie verfallen in einen Rechtfertigungsmodus, statt selbstkritisch einzuräumen, dass alle ihrer eigenen Kriterien für eine Mitarbeit ein ums andere Mal gerissen werden.

Man kann nur hoffen, dass BUND und Umweltstiftung diesem Trauerspiel bald ein Ende bereiten. Und mit ihrem Austritt aus der Kommission der Öffentlichkeit zeigen, was dort eigentlich gespielt wird.

Jochen Stay

Rolle von BUND und Umweltstiftung

Trotz breiter Ablehnung in der Anti-Atom-Bewegung haben BUND und Deutsche Umweltstiftung die zwei „Umweltverbands“-Plätze in der Kommission besetzt. Eine glückliche Figur machen Klaus Brunsmeier vom BUND und Jörg Sommer von der Deutschen Umweltstiftung aber nicht. Oder anders gesagt: Sie fallen nicht weiter auf. Es gibt keinen einzigen Punkt, an dem sie sich dagegen aufgelehnt hätten, wenn die Debatte mal wieder in eine unsägliche Richtung ging oder schlechte Geschäftsordnungsregeln mit Mehrheitsentscheidungen festgeklopft wurden. Sie sagten brav ihre Meinung und hoben die Hand bei den Abstimmungen. Mehr nicht.

Gab es mal einen gesellschaftlichen Konflikt um Atommüll? Wer hier zuhört, mag das kaum glauben. Das Problem ist nur: Den Konflikt gibt es natürlich weiter – er kommt nur in der Kommission nicht vor.

Mit Paddelboot und Crowd

Anti-Atom-Protest, unterstützt von .ausgestrahlt – vom Tschernobyl-Jahrestag bis zur Atommüllkommission, samt gebrochener Drosselkörperfedern und brüchiger Gartenbänke

•• APRIL ••

Protest am AKW Brokdorf und anderswo

28 Jahre nach dem Super-GAU in Tschernobyl gehen an nahezu allen AKW-Standorten AtomkraftgegnerInnen auf die Straße und fordern, die für die Stromversorgung völlig überflüssigen Risiko-Meiler endlich abzuschalten. Allein am AKW Brokdorf versammeln sich mehr als 1.000 Aktive zu einer Protest- und Kulturmeile, die .ausgestrahlt mit organisiert hat. Das AKW Brokdorf steht wegen des großen Windstromangebots in Schleswig-Holstein der Energiewende besonders im Weg.

www.ausgestrahlt.de/brokdorf

Foto: Karin Behr / PubliXviewing



•• MAI/JUNI ••

Energiewende nicht kentern lassen!

Eine ganze Armada von 120 bunt geschmückten Booten füllt am 10. Mai den Spreebogen zwischen Reichstag und Bundeskanzleramt – zwei Wochen, bevor die als „Reform“ bezeichnete Attacke auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Thema im Bundesrat ist. „Energiewende nicht kentern lassen!“ lautet die Botschaft der Land-und-Wasser-Demonstration: 12.000 Menschen säumen die Ufer und ziehen im Anschluss durchs Regierungsviertel, unzählige Anti-Atom-Fahnen flattern. Statt den Ausbau der erneuerbaren Energien zu bremsen und zu erschweren, solle die Regierung lieber die AKW schneller abschalten, fordert .ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay auf der Kundgebung. Das würde nicht nur das Atomrisiko, sondern auch die riesigen Überkapazitäten im deutschen Strommarkt und somit auch die EEG-Umlage senken. Wie schon im November wird auch diese zweite bundesweite Energiewende-Demonstration von einem Bündnis verschiedener Organisationen getragen, darunter .ausgestrahlt.

Das neue EEG, das zum 1. August schließlich in Kraft tritt, ist ein deutlicher Rückschritt: Es bremst und deckelt den Zubau von Solar-, Wind- und Bioenergie und ermöglicht den Ländern, den Ausbau der Windkraft – der kostengünstigsten erneuerbaren Energie – weitgehend zu verhindern. Es belastet die sinnvolle Selbstversorgung mit Ökostrom und verpflichtet schon mittelgroße Ökostrom-Anlagen unsinnigerweise, ihren Strom selbst zu vermarkten, was diesen bloß verteuert. Zudem bahnt es den Weg dafür, Ökostrom schon bald nur noch per Ausschreibung zu fördern – das dreht dem Ausbau an sich und der Bürgerenergie-wende besonders die Luft ab. Nur die üppigen Industrierabatte bei der EEG-Umlage, die bleiben größtenteils erhalten.

Mehr Fotos und Videos von der Demo auf:

www.ausgestrahlt.de/mitmachen/energiewende-demo.html



Alle Demo-Fotos:
Andreas Conradt / PubliXviewing



„Bad Bank“ für Atomkraftwerke?

Die Atomkonzerne machten Milliarden Gewinne, für den Strahlmüll aber soll nun der Staat bezahlen – diesen Plan enthüllt der „Spiegel“ Mitte Mai. .ausgestrahlt und Umweltinstitut München starten binnen Tagen eine Unterschriftenaktion, an der sich bisher schon über 48.000 Menschen beteiligt haben. Auf Initiative und unterstützt von .ausgestrahlt organisieren AtomkraftgegnerInnen in vielen Städten Aktionen und Infostände zum Thema. Die Aktionen gehen weiter – mehr dazu auf den Seiten 4–5 und 14 sowie unter www.ausgestrahlt.de/badbank

Gartenbank in Aktion bei der "Bad Bank"-Aktion in Heilbronn
Foto: Monika Knoll



Materialpanne im Reaktorkern

Nur zufällig bemerkt Eon bei der Revision des AKW Grohnde einen Schaden im Reaktorkern: In einem sogenannten Drosselkörper – ein Bauteil, das den Wasserfluss um die Brennelemente regulieren soll – ist eine Druckfeder gebrochen. Beim genaueren Hinsehen stellt sich dann heraus, dass nicht nur eine, sondern neun Federn beschädigt oder gebrochen sind, und das seit unbekannter Zeit. Bruchstücke der Federn können Steuerstäbe blockieren sowie Dampferzeugerheizrohre und Brennelementhüllen beschädigen. .ausgestrahlt deckt auf: Der für die Federn verwendete Werkstoff steht seit mehr als drei Jahrzehnten in Verruf, besonders leicht zu brechen. Kein Wunder, dass bei Kontrollen auch in anderen AKW Druckfedern entdeckt werden, die seit unbekannter Zeit gebrochen sind. Der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel kündigt schließlich eine Fachtagung zu Alterungsproblemen von AKW an. Den Meiler in Grohnde indes lässt er am Ende doch wieder ans Netz. Hintergrundinfos und Chronik unter www.ausgestrahlt.de/drosselkoerper



Atommüllinfos auf der „Kulturellen Landpartie“

Mit Plakaten und Infografiken an zahlreichen Scheunentoren im Wendland informiert .ausgestrahlt die Zehntausenden BesucherInnen der „Kulturellen Landpartie“ über den Atommüllkonflikt und die Atommüllkommission. Im Gasthof Meuchefitz ist zudem die .ausgestrahlt-Fotoausstellung „Was wäre, wenn...“ zu den Auswirkungen eines Super-GAUs zu sehen.

Live-Bericht aus der Atommüllkommission

Zweimal hat die Atommüllkommission bereits getagt (siehe Seite 6–7), da ist von der groß angekündigten „Transparenz“ schon keine Rede mehr: Die vom Bundestag zur Verfügung gestellte Videoaufzeichnung bricht nach der Hälfte ab, ein Wortprotokoll gibt es erst gar nicht und ZuschauerInnen sind ganze 20 zugelassen. Doch was die Kommissionsmitglieder aushandeln, ist bisweilen haarsträubend. .ausgestrahlt sorgt von der Tribüne aus für Öffentlichkeit: mit Live-Berichterstattung auf Twitter aus jeder Sitzung, einem ausführlichen Bericht im .ausgestrahlt-Atommüll-Blog, einem „Crowd-Protokoll“, an dem Dutzende AtomkraftgegnerInnen mit-schreiben (siehe Seite 16), Infomaterial (Seite 11) und natürlich einordnenden Statements für die anwesenden JournalistInnen. www.ausgestrahlt.de/atommuellkommission
www.blogs.ausgestrahlt.de/atommuell

GAST KOMMENTAR

Das überfällige Ende der Atombürgschaften

Die Bundesregierung hat beschlossen, dass es künftig keine staatlichen (Hermes-)Bürgschaften mehr für Atomexporte geben wird. Damit sind wir nach vier Jahren intensiver Kampagne genau da, wo wir vor 2009 schon einmal waren. Denn bereits zwischen 2001 und 2009 waren Exportbürgschaften für „Nukleartechnologie“ ausgeschlossen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit in einem Land, das einen „Atomausstieg“ beschlossen hat.

Trotzdem konnten sich SPD und CDU im Koalitionsvertrag 2013 zunächst nicht darauf einigen, den Atombürgschaften ein Ende zu setzen: die Arbeitsplätze bei Areva in Erlangen, die souveräne Entscheidung anderer Länder für oder gegen Atomkraft, etc.

Nun gilt: besser spät als nie. Die Bürgschaft für das brasilianische AKW Angra 3 wurde schon nicht mehr vergeben und die Bundesregierung spart sich möglicherweise viel Ärger in Zusammenhang mit dem indischen Mega-AKW-Projekt Jaitapur. Dort will Areva zwei bis sechs Europäische Druckwasserreaktoren à 1.650 Megawatt bauen – trotz Erdbebenzone, Lage am offenen Ozean und erbittertem lokalen Widerstand. Auf deutsche Bürgschaften jedoch muss Areva dabei nun verzichten. Darüber freuen sich auch französische AtomkraftgegnerInnen sehr, die diesen Beschluss der Bundesregierung ihrer eigenen Regierung unter die Nase reiben können. Doch es gibt auch Schattenseiten: Bürgschaften für nukleare Forschungsprojekte etwa sollen weiter möglich sein trotz „Atomausstieg“. Und auch die noch erlaubten Bürgschaften für „Sicherheitsmaßnahmen“ können für Laufzeitverlängerungen genutzt werden. Ganz abhaken können wir das Thema also nicht.

Regine Richter, Expertin für Hermes- und Exportkredite bei urgeward

Neue Fluchtpläne

Innenminister beschließen größere Evakuierungszonen. Die zumutbare Dosis bleibt fünfmal so hoch wie in Japan



Evakuieren! Wie war nochmal der Plan?

Foto: Michaela Mügge / PubliXviewinG

Die Landkreise im Umkreis von AKW müssen ihre Katastrophenschutzpläne drastisch überarbeiten. Mehr als drei Jahre nach Fukushima haben die Innenminister im Juni beschlossen, die Evakuierungszonen rings um die AKW von zehn auf 20 Kilometer zu erweitern. Noch bis in 100 Kilometer Entfernung vom AKW soll die Bevölkerung per Lautsprecherdurchsagen aufgefordert werden, sich im Ernstfall tagelang im Haus zu verkriechen. Die Minister folgten damit entsprechenden Empfehlungen der Strahlenschutzkommission (SSK). „ausgestrahlt“ hatte deren Überlegungen im Herbst 2013 öffentlich gemacht und die Politik damit unter Druck gesetzt.

Doch auch die von der SSK als Konsequenz aus Fukushima nun empfohlenen Evakuierungsradien sind noch zu klein: Das Bundesamt für Strahlenschutz etwa hielt bei einer Simulation eines Unfalls im AKW Philippsburg mit realen Wetterdaten schon eine Evakuierungszone von 25 Kilometer für nötig – und das, obwohl es bei der Rechnung davon ausgegangen war, dass lediglich zehn Prozent des radioaktiven Inventars des AKW überhaupt freigesetzt worden seien.

Die SSK blieb zudem dabei, dass Evakuierungen erst dann erfolgen sollen, wenn mit einer Belastung von 100 Millisievert (mSv) binnen sieben Tagen zu rechnen ist. In Japan galt beim Super-GAU von Fukushima demgegenüber ein Eingriffswert von 20 mSv; nach dem Super-GAU

von Tschernobyl 1986 wurde bereits ab 10 mSv evakuiert. Die Innenminister und die Strahlenschutzkommission nehmen also Zigtausende Strahlenopfer mehr in Kauf als Japan oder die Sowjetunion.

Auch bei anderen Annahmen trickst die SSK. So geht sie davon aus, dass bereits nach nur 50 Stunden keine Radioaktivität mehr aus dem havarierten Meiler entweicht – eine Annahme wider besseren Wissens: In Tschernobyl etwa hielten die Freisetzungsfreiungen elf Tage an, in Fukushima sogar 25.

Abgesenkt haben SSK und Innenminister lediglich den Eingriffswert für die langfristige Umsiedlung. Die soll künftig nicht erst ab einer zu erwartenden Jahresdosis von 100 mSv, sondern schon ab 50 mSv erfolgen – immer noch zweieinhalb mal so viel wie die in Japan geltenden 20 mSv. Bei japanischen Grenzwerten, so das Bundesamt für Strahlenschutz, würden selbst Gebiete in 170 Kilometer Entfernung vom AKW noch dauerhaft unbewohnbar.

Und selbst den japanischen Grenzwert sehen viele StrahlenschützerInnen noch als zu gefährlich an. Denn immerhin erkennt sogar die Weltgesundheitsorganisation WHO inzwischen an, dass es keinen Schwellenwert gibt, unterhalb dessen Strahlung gesundheitlich unbedenklich wäre. Der einzig wirksame Schutz ist und bleibt die sofortige Stilllegung aller AKW.

Tobias Darge

.ausgestrahlt-Shop

Weitere Anti-Atom-Materialien gibt es im Webshop auf www.ausgestrahlt.de

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Materialien für Dein Engagement gegen Atomkraft. Bestellen kannst Du mit Hilfe dieser Seite (einfach heraustrennen und nicht vergessen, auf der Rückseite Deine Adresse einzutragen!) oder online unter www.ausgestrahlt.de/shop. Pro Bestellung fallen 4,50 Euro für Versand und Verpackung an.

KEINE „BAD BANK“ FÜR AKW!

Ein dreister Plan: Die Stromkonzerne wollen ihre finanziellen Risiken für den Abriss der AKW und die Atommüll-Lagerung auf die Gesellschaft abwälzen, obwohl sie Milliarden Gewinne mit dem Atomstrom gemacht haben. Zeig jetzt Deinen Protest: Keine „Bad Bank“ für AKW!

Unterschriftenliste „Wir zahlen nicht für euren Müll!“

A4 – kostenlos K308

Info-Plakat

A2 – kostenlos K311

Flyer

A6, vierseitig – kostenlos K309

Aufkleber

16 x 6,5 cm, für drinnen und draußen – 75 Cent K310

Infoblatt

mit ausführlichen Hintergrundinformationen, A4, zweiseitig – kostenlos K312

Banner „Wir zahlen nicht für euren Müll!“

wetterfester Stoff, mit abgenähten Tunneln an beiden Seiten zum Einstecken von Stäben und mit Ösen an den Ecken zum Befestigen, 3 x 0,9 m – 20,00 Euro K314



DER ATOMMÜLL-KONFLIKT

Infografik-Faltplakat „Der Atommüll-Konflikt“

Illustriert anschaulich den Konflikt und warum ihn diese Atommüll-Kommission nicht lösen wird. 17,6 x 99,3 cm, gefaltet auf Briefumschlagformat – 1 Euro K305



Flyer „Hört auf mit dem Müll!“

A6, vierseitig – kostenlos K298



Plakat „Mit aller Kraft wird nach einem alternativen Endlager gesucht ...“

A2 – kostenlos K154



Plakat „Hauptsache der Strom ist billig“

A3 Querformat – kostenlos K163



Infoplakate zu Gorleben

Gut geeignet für Infostände oder Orte mit viel Publikumsverkehr (Gemeindehäuser, Büchereien, Unis, Schulen, ...)

1. „Ein Salzstock voller Macken“
2. „Tricksen, täuschen & betrügen“
3. „Unendlicher Widerstand“

A0, Set aus 3 Plakaten – 15 Euro K209



KEIN ATOMMÜLL-EXPORT AUS JÜLICH

Postkarte

„Stoppt den Atommüll-Export! Keine Castortransporte in die USA!“, A6 – kostenlos K315



Unterschriftenliste

„Stoppt den Atommüll-Export! Keine Castortransporte in die USA!“, A4 – kostenlos K316

Spucki-Block „Stoppt den Atommüll-Export!“

Leicht anfeuchten und Deinen Protest gut sichtbar ins Stadtbild kleben. A7, Block mit 50 Blatt, 74 x 105 mm – kostenlos K317



ANTI-ATOM-SONNE

Frisbee-Scheibe

aus Polypropylen, gelb mit roter „Atomkraft? Nein Danke“-Sonne, Ø 22 cm – 3,50 Euro S010



Stempel

Holzstempel „Atomkraft? Nein Danke“ für Deine Post, Ø 4 cm – 8 Euro S016



BÜCHER | DVD | CD

Buch „Der Störfall“

Macht und Ohnmacht im AKW: Ein fachkundiger Roman des ehemaligen Leiters des AKW Biblis über ein technisches Problem, das sich zum schweren Störfall entwickelt – den sogenannten „Wasserpumpenstörfall“, der – in der Realität! – inzwischen auch die Reaktorsicherheitskommission beschäftigt. Von Helmut J. L. Mayer. 361 Seiten – 16,90 Euro L010



Buch „Das Strompreis-Komplott“

Wie uns die Energielobby abzockt. Das Buch für jeden, der endlich seine Stromrechnung verstehen will. Von taz-Redakteur Malte Kreuzfeld. 128 Seiten – 7 Euro L011



DVD „Die Wolke“

Ein Super-GAU mitten in Deutschland, erzählt aus der Perspektive einer 16-Jährigen. Die Verfilmung des Jugendbuch-Klassikers von Gudrun Pausewang, ab zwölf Jahren – 7,99 Euro V001



CD „Bitte wenden!“

Die CD von „Andere Saiten“ enthält energiepolitische Neutextungen zu Chorsätzen alter und neuer Meister. Absolut hörenswert. Spieldauer 12:50 Min – 6 Euro B208



KATASTROPHENSCHUTZ

Visitenkarten „Hier können Sie nicht bleiben“

zum Ankleben an die Scheiben parkender Autos. Mit Infos über die mögliche Evakuierungszone bei einem Super-GAU im AKW ..., A8 – kostenlos



- | | |
|---------------------|----------------------------|
| _____ Brokdorf K177 | _____ Grafenrheinfeld K179 |
| _____ Grohnde K178 | _____ Gundremmingen K180 |
| _____ Isar K181 | _____ Neckarwestheim K183 |
| _____ Lingen K182 | _____ Philippsburg K196.1 |

Sperrgebietsschilder

Für alle noch laufenden AKW – denn selbst Gebiete in 170 km Entfernung können bei einem Super-GAU dauerhaft unbewohnbar werden, hat das Bundesamt für Strahlenschutz errechnet. Plakate A2, Querformat – kostenlos



- | | |
|---------------------|----------------------------|
| _____ Brokdorf K187 | _____ Grafenrheinfeld K187 |
| _____ Grohnde K186 | _____ Gundremmingen K188 |
| _____ Isar K189 | _____ Neckarwestheim K191 |
| _____ Lingen K190 | _____ Philippsburg K197.1 |

„Jodtabletten“-Plagiate aus Pfefferminz im Blister

Bitte vor dem Störfall einnehmen! Blister mit 5 Pfefferminzdragees in Aufmachung von Jodtabletten, mit informativem Beipackzettel.

- | |
|---|
| _____ „Brokdorf akut“ – 30 Cent K158 |
| _____ „Grafenrheinfeld akut“ – 30 Cent K297 |
| _____ „Grohnde akut“ – 30 Cent K173 |
| _____ „Gundremmingen-akut“ Blister – 30 Cent K208 |



„Jodtabletten“-Plagiate aus Pfefferminz in Tablettenpackung

18 Pfefferminz-Dragees in einer Tablettenpackung, Aufmachung als Jodtabletten, mit informativem Beipackzettel.

- | |
|--|
| _____ „Brokdorf akut“ – 1 Euro K157 |
| _____ „Grafenrheinfeld akut“ – 1 Euro K300 |
| _____ „Grohnde akut“ – 1 Euro K174 |



.ausgestrahlt-RUNDBRIEF

Rundbriefe – kostenlos B008



Vor- und Nachname: _____

Straße und Hausnr.: _____

PLZ und Ort: _____

E-Mail: _____

Telefon für Rückfragen: _____

Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,50 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Bitte schickt mir regelmäßig kostenlos: per Post den .ausgestrahlt-Rundbrief; den E-Mail-Newsletter.

Unterschrift nicht vergessen

Datum, Unterschrift: _____

Atomkraft in Spanien

Erneuerbare ausbremsen, AKW-Laufzeiten verlängern

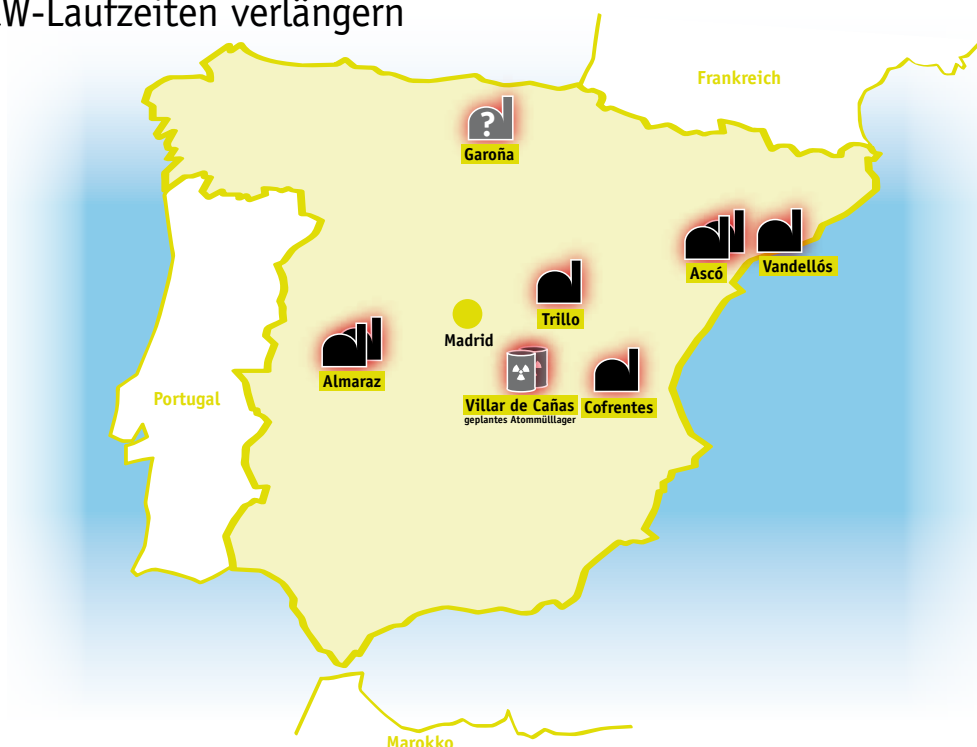
Wenn etwas für die Energiepolitik der konservativen Regierung Spaniens steht, dann ist es der Atomreaktor in Garoña. Ministerpräsident Mariano Rajoy und sein Industrieminister José Manuel Soria wollen das AKW in der Nähe der nordspanischen Stadt Burgos wieder ans Netz nehmen – obwohl die ursprüngliche, 30-jährige Betriebsgenehmigung plus zwei Verlängerungen bereits 2013 ausliefen. Sollte die Laufzeit des Siedewasserreaktors tatsächlich wie von den Betreibern beantragt auf 60 Jahre erweitert werden, wäre das 1970 gebaute AKW Garoña eines der ältesten noch laufenden Atomkraftwerke weltweit. Noch prüft der Nationale Nukleare Sicherheitsrat (CSN), doch der gilt als atomfreundlich.

Auch ohne das AKW Garoña laufen in Spanien noch sieben AKW mit einer Gesamtleistung von 7.273 Megawatt (MW). Sie wurden alle in den 1980er Jahren gebaut, bevor die damalige sozialistische Regierung unter Felipe González den Protesten von AnwohnerInnen und Umweltschutzorganisationen nachgab und das Atomprogramm stoppte. Eigentümer sind mehrheitlich die beiden großen privatisierten Stromerzeuger Endesa und/oder Iberdrola. 2013 deckten die AKW 21 Prozent des Stromverbrauchs – Platz zwei hinter der Windenergie, die mit ihren 23.000 MW auf 21,1 Prozent kam.

Umweltschutzorganisationen halten das Ansinnen, das AKW Garoña wieder ans Netz zu nehmen, für einen „Anachronismus“. Der Siedewasserreaktor ist völlig veraltet und baugleich mit denen, die in Fukushima für den größten Atomunfall aller Zeiten sorgten. Er wird direkt mit Flusswasser aus dem Ebro gekühlt. Im Falle einer Wiederaufnahme des Betriebs müsste ein Kühlturm gebaut werden. Das haben Experten der Nuklearsicherheit bereits angekündigt.

Rajoy hält die Bedenken gegen die alten Meiler für „unbegründet“. Selbst im Falle eines Falles sei die Atomenergie beherrschbar. Um dies zu bekräftigen, reiste er im Oktober 2013 eigens nach Fukushima.

Tatsächlich liegt auch bei den spanischen AKW einiges im Argen. „In den



letzten zehn Jahren nehmen wichtige Störfälle und Fehler der Sicherheitssysteme ständig zu“, muss selbst der CSN in seinem jüngsten Bericht eingestehen. 2013 waren zwei der sieben Reaktoren fast ständig wegen technischer Probleme abgeschaltet. Umweltschutzorganisationen verlangen einen sofortigen Atomausstieg. Auch wenn diese Forderung erfolglos bleibt, werden bis zum Ende des Jahrzehnts nach und nach alle Reaktoren 30 Jahre in Betrieb sein und damit ihre Betriebsgenehmigung verlieren. Die geplante Laufzeitverlängerung für das AKW Garoña wäre deshalb ein wichtiger Präzedenzfall: Die Betreiber könnten dann auch für die restlichen AKW eine zweite Betriebsgenehmigung beantragen.

Die Bevölkerung der Standortgemeinden verteidigt „ihre“ AKW, in den meist armen Landstrichen oft der einzige Arbeitgeber mit gutbezahlten Jobs. Es sind die umliegenden Dörfer, die nicht direkt von den Reaktoren profitieren, die ein offenes Ohr für die im Vergleich zu Deutschland eher schwache Umweltbewegung haben. Die macht vor allem gegen das geplante Atomwüllager im 440-Seelendorf Villar de Cañas, 120 km südöstlich von Madrid, mobil, derzeit das wichtigste Atomthema. Die Sorge: Grundwasser und

Zuflüsse rund um das unter Naturschutz stehende Feuchtgebiet Tablas de Damiel könnten durch den Atomwüll kontaminiert werden.

„Nirgends steht geschrieben, wie lange ein AKW betrieben werden kann“, heißt es aus der Regierung. Atomstrom sei billig und deshalb für die durch die Krise angeschlagene Wirtschaft nötig. Die erste Maßnahme der Regierung Rajoy, als diese Ende 2011 an die Macht kam, war ein Moratorium für den Ausbau erneuerbarer Energien. Seither gibt es für Neuanlagen keine Einspeisevergütung mehr. In Spaniens Wind- und Solarindustrie, einst weltweit mit an der Spitze, gingen seither Zehntausende von Arbeitsplätzen verloren – mehr als direkt und indirekt im Atomprogramm arbeiten.

„Die Energiepolitik der Regierung ist völlig falsch angelegt“, beschwert sich Paco Castejón, AKW-Experte bei *Ecológicas en Acción*, eine der größten Umweltschutzorganisationen. Für ihn ist die Atomenergie völlig überflüssig. Er verweist auf 2012. Damals war über Monate die Hälfte der Leistung der AKW wegen Störfällen vom Netz. Die Stromversorgung funktionierte dennoch ohne Probleme.

Reiner Wandler
weltreporter.net

„Die Atom-Herren wollten mich immerzu überreden“

Monika Knoll, 54, setzt mit dem Energiewendebündnis Heilbronn ihre alte Gartenbank als „Bad Bank“ für Atommüll groß in Szene und sich selbst für das Theater sogar eine Merkel-Maske auf

So ein kleiner Stolperstein und mit ein bisschen Humor dabei, das kommt in Heilbronn besser an als der erhobene Zeigefinger. Da bleiben die Leute stehen, da erreicht man Aufmerksamkeit. Wir haben, seit wir 2009 unser Bündnis gegründet haben, schon öfter mal Straßentheater gemacht, zweimal sogar schon eine richtige Evakuierungs-Aktion, wo wir als Atomflüchtlinge woanders um Aufnahme gebeten haben.

Diesmal war's weniger aufwändig: Die Idee zu unserer „Bad Bank“-Aktion kam uns ganz spontan. Ich habe mit einem Mitstreiter telefoniert und wir haben ein bisschen rumgewitzelt über das Thema. Schließlich habe ich ihm ein Foto von meiner alten Bank hier aus dem Garten geschickt, die ist wahrlich nicht mehr benutzbar. Eine echte „Bad Bank“ also – das war dann das Schlüsselwort. Was brauchten wir noch? Ein Atommüllfass, schon ein bisschen zerknautscht, das hatten wir auch noch rumstehen. Da haben wir 'ne dicke rote Schleife drumgebunden, denn das ist ja schließlich



Foto: privat

ein Geschenk, das uns die Atomkonzerne da andrehen wollen. Und dann dachten wir: Spielen wir doch einfach nach, wie die da schachern um den Strahlenmüll, die Herren von Eon, RWE, EnBW und Vattenfall mit dem Herrn Müller und Frau Merkel.

Gestartet haben wir unsere Show am Dienstag um 11 Uhr – das ist gut für die Presse! – vor dem Sitz der Zeag, einer Tochtergesellschaft der EnBW. Das Lokalfernsehen und der SWR-Hörfunk waren da. Prompt kamen die Zeag-Herren aus ihrem Gebäude raus: Sie wollten auf gar keinen Fall, dass die Zeag auf dem Film zu sehen ist, das war ihnen ganz wichtig – komisch, ne? Naja, wir haben uns dann erst mal andersrum aufgestellt, aber irgendwie ist die Firma auf dem Film doch zu sehen ...

Wir hatten uns fein angezogen – einer sogar seinen Hochzeitsanzug! –, Masken auf und Namensschilder am Revers, damit jedem klar war, wen wir darstellten. So sind wir dann durch die Stadt gezogen. Zwei haben das Bänkchen getragen, „Bad Bank – wir zahlen nicht für euren Müll“

Anzeige

war darauf zu lesen. Das Fass rollten wir auf einem Wägelchen mit. Einen kleinen Lautsprecher hatten wir auch dabei. Ich war Frau Merkel und die Atom-Herren haben die ganze Zeit versucht, mich zu überreden: Ich solle doch bitte ihr Atommüllfass nehmen, sie würden ja jetzt gar nichts mehr daran verdienen! Auf dem Kiliansplatz, im Zentrum, haben sie es schließlich geschafft: Ich nahm auf der „Bad Bank“ Platz, die Tonne daneben. Die Bank hat ziemlich gewackelt. Über unseren Newsletter hatten wir kurzfristig gefragt, wer noch dazukommen könne zu der Aktion, so hatten wir ein etwa 20-köpfiges „Publikum“. Das bat ich nun, sich doch dazusetzen auf die Bank, aber niemand wollte. Im Gegenteil: Die stimmten auf einmal Sprechchöre an: „Wir zahlen nicht für euren Müll!“ und streckten Schilder mit dem Spruch drauf hoch. Die wirklichen Zuschauer hielten zunächst Abstand, dann aber wurden sie doch neugierig, kamen her, fragten nach und unterschrieben. Also das war ein voller Erfolg – nach nur einem Tag Vorbereitung. Solche Aktionen sind auch gut für uns, wir hatten echt Spaß. Man muss sich ja auch immer wieder mal selbst motivieren.

www.energiewende-heilbronn.de

Anti-Atomstrom

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.



Auf nach Schönau!

Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom

Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

„Jeden dritten Tag ein Atomtransport“

Pay Numrich, 26, Fotojournalist, rückt beim Anti-Atom-Camp bei Kiel die Atomtransporte durch den Nord-Ostsee-Kanal in den Fokus und bringt mit anderen auch mal einen Uranzug zum Stehen

Antiatom ist nur ein Thema unter vielen, für das ich mich engagiere. Vor ein paar Jahren war ich mal bei den Castor-Protesten, seither bin ich dabei geblieben, aber ich mache auch antimilitaristische und Antirepressionsarbeit, begleite also Gerichtsprozesse von AktivistInnen und so weiter. 2012 war ich bei einer Blockade eines Uranzugs aus der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau dabei. Zwei Leute haben sich im Gleisbett festgekettet, zwei Weitere haben sie betreut. Wir wollten damit den Fokus auf die Atomanlagen in Gronau und Lingen legen. Die sind ja nicht vom sogenannten Atomausstieg betroffen. Dabei liefert die UAA Gronau etwa 10 Prozent des weltweiten Bedarfs an angereichertem Uran, also Brennstoff für jedes zehnte AKW weltweit. Der Urantransport stand mehrere Stunden, bis eben die Polizeitechniker die Leute losgeflext hatten. Kaum wollten sie jedoch weiterfahren, haben wir ihnen gesagt: Ihr könnt nicht weiterfahren, weil da hinten noch ein paar Leute in den Bäumen sind – ein paar Kilometer weiter. Die waren hochgeklettert und hatten hoch oben ein Seil über die Schienen gespannt und so den Zug nochmal gestoppt. Das gab dann den Ätch-Effekt.



Foto: Hanna Podtzig

Im Anschluss habe ich die anstehenden Gerichtsprozesse begleitet, mit Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen im Gericht. Zwei Zeitungen haben regelmäßig darüber berichtet. Juristisch hat es aber nichts gebracht, da darf man sich ja keinen Illusionen hingeben, das ist ein politisches Verfahren. Die beiden Angeketteten wurde zu 110 und 70 Tagessätzen verurteilt, sind aber in Berufung gegangen. Die Kletterer wurden nicht angeklagt, denn sie hingen so hoch, dass das juristisch keinen Eingriff in den Schienenverkehr mehr darstellte.

Gerade organisiere ich mit einem Dutzend Aktiver im Alter von 17 bis 60 Jahren ein Anti-Atom-Camp in Altenholz bei Kiel, vom 9. bis 16. August. Es wird die ganze Woche über Workshops geben, 'ne Vokü ist auch dabei und zwei Aktionstage, am Sonntag und am Donnerstag. Die Achillesferse der Atomindustrie sind ja die Atomtransporte. Im Schnitt jeden dritten Tag geht ein Schiffstransport mit Atomfracht über Hamburg und die meisten fahren auch durch den Nord-Ostsee-Kanal. Da campen wir in unmittelbarer Nähe ...

antiatomcamp.nirgendwo.info

„Ich mache das per Computer“

Ilse Rendtorff, 88, war schon bei den ersten Brokdorf-Demos mit dabei. Noch heute hängt sie Anti-Atom-Plakate auf und irritiert ihre Nachbarn mit Anti-Atom-Stickern an ihrem Rollator

Ich komme eigentlich aus der Friedensbewegung. Vor vielen Jahren habe ich hier in Kiel eine Friedenswerkstatt gegründet mit einem kleinen gemeinnützigen Verein als Träger. Natürlich waren wir in den 1980ern auch bei den großen Demonstrationen gegen den Bau des AKW Brokdorf dabei. Von der Friedenswerkstatt aus wurden Busse organisiert, mit denen wir da hingefahren sind – übrigens bis heute. Diese riesigen Menschenmengen auf den Wiesen, die großen Polizeieinsätze, das habe ich noch in lebhafter Erinnerung. Es war die hohe Zeit der Friedensbewegung, aber für mich gingen Friedens- und Umweltbewegung so ineinander über. Wir haben auch in Kiel Anti-Atom-Aktionen initiiert. Das lag in der Luft.

Ich war damals schon eine Generation älter als die meisten, keine Studentin mehr: Ich habe praktisch zur selben Zeit demonstriert wie meine Töchter; bei mir hat sich der Funke spät entzündet. Vom Demonstrieren bin ich irgendwann zur Meditation übergegangen, Heilung der Erde und so. Da habe ich hier sehr schöne Gruppen gehabt und auch Bücher darüber geschrieben. Auf Demos kann ich heute nicht mehr, ich bin nur noch



Foto: Ralf Heymann

mit dem Rollator ein paar Schritte gehfähig. Aber seit es .ausgestrahlt gibt, bekomme ich immer Nachrichten und Material von dort. Das ist für mich eine sehr schöne und wichtige Informationsquelle. Die Plakate hänge ich hier in dem kleinen Zentrum auf, in dem verschiedenste Veranstaltungen stattfinden. Auf meinen Rollator habe ich Anti-Atom-Sticker geklebt. Die sehen vor allem die Taxifahrer, wenn sie den Rollator hinten ins Auto packen. Und meine Nachbarn. Angesprochen darauf hat mich aber noch niemand. Ich wohne in einer sehr konservativen Straße, da wundern sich die Leute sicher ein bisschen, dass ich sowas an meinen Rollator habe, aber mich darauf ansprechen, das würden sie nie tun, schon aus Höflichkeit nicht. Ich gebe oft meine Unterschrift für Aktionen, aber dieses Unterschriftensammeln auf Blättern, das rührt mich irgendwie, das ist ja ein bisschen hinter der Zeit her, im Computerzeitalter, wo man Hunderttausende Unterschriften sammelt, ... Per Zettel – das kommt mir doch sehr antiquiert vor. Also ich mache das per Computer.

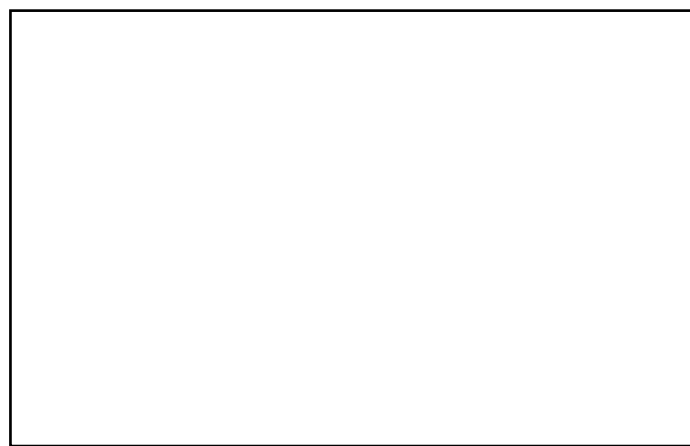
kiel@dfg-vk.de

Impressum

.ausgestrahlt
Marienthaler Straße 35
20535 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto
.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS
GLS Bank
Spenden sind steuerlich absetzbar.

Redaktion: Jochen Stay, Stefan Diefenbach-Trommer | Mitarbeit: Annika Rabe, Armin Simon, Carolin Franta, Pauline Geyer, Reiner Wandler, Tobias Darge, Ute Bruckart | Layout: www.holgermueller.de | Druck: Vettors, Radeburg. Gedruckt auf Recyclingpapier | Auflage: 50.000 | V.i.S.d.P.: Jochen Stay



Das Protokoll des Mülls

Der Atommüllkommission auf die Lippen schauen – und was man dabei erfährt

34 Menschen, die jeden Monat mindestens vier Stunden reden – das ist die Atommüllkommission. Angeblich hat sie zum Ziel, den jahrzehntelangen Atommüllkonflikt endlich zu lösen, und zwar in großer Transparenz. Bloß: Es gibt es noch nicht einmal ein Wortprotokoll der Sitzungen. Das ist praktisch, wenn sich niemand erinnern soll, wer wann wofür plädiert hat und wie Beschlüsse zustande kamen.

Kann mal jemand helfen und 10 Minuten des Videos abtippen, fragte .ausgestrahlt im Newsletter. 45 fleißige HelferInnen waren schnell beisammen. Das komplette Protokoll findest Du hier:

www.ausgestrahlt.de/atommuellkommission

Und das sind die Eindrücke der HelferInnen von der Kommission:

B.S., 1. Sitzung, 01:30 – 01:40:

„Wie lange sich die Herren über Termine auslassen! Sowas wie Projektmanagement-Software kennen die nicht, oder? Kommissionskultur: Setzen, Sechs!“

I. K., 1. Sitzung, 02:30 – 02:40:

„Da wurde ganz schön rumgeschwafelt.“

I. B., 2. Sitzung, 00:00 – 00:42:

„Manchmal sträuben sich die Haare: Gelaber und fünf Mal dieselbe Sache wiederkauen ...“

M. B., 2. Sitzung, 01:55 – 02:10: „Die verzapfen ja ganz schön viel Mist.“

J. N., 2. Sitzung, 06:05:00–06:15:00:

„Flüssiges, verständliches Sprechen ist nicht jedem der dort Anwesenden gegeben.“

M. B., 2. Sitzung, 06:55 – 07:10:

„Wie wenig sich die Diskussion von Vereinsversammlungen unterscheidet! Ich dachte, im professionellen Bereich wäre das anders.“

Wer ist .ausgestrahlt?

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen AtomkraftgegnerInnen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen. Wir machen Aktionsangebote und stellen Materialien und Hintergrundinformationen zur Verfügung. Mach mit!

Warum wir Du schreiben

Wir meinen: Wer zusammen arbeitet, duzt sich. Meistens. Viele Aktive fänden ein „Sie“ sehr distanziert. Also: Sei willkommen in der Anti-AKW-Bewegung!

Praktikum bei .ausgestrahlt

.ausgestrahlt hat ab Januar 2015 wieder Platz für PraktikantInnen für jeweils drei bis sechs Monate. Du solltest in der zweiten Hälfte eines Studiums oder einer ähnlichen Qualifikationsphase sein. www.ausgestrahlt.de/praktikum

.ausgestrahlt braucht FörderInnen

1929 Förderer und Förderinnen spenden bereits regelmäßig für die Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! Wenn auch Du .ausgestrahlt regelmäßig unterstützen möchtest, klick auf www.ausgestrahlt.de/foerderer

Wer macht .ausgestrahlt?

Viele Gruppen und Einzelpersonen nutzen die Angebote von .ausgestrahlt und machen mit. Hinter der Planung von .ausgestrahlt steckt eine 19-köpfige Gruppe von Ehrenamtlichen, Angestellten und PraktikantInnen.

www.ausgestrahlt.de/ueberuns

Regionalkontakt gesucht?

Auf www.ausgestrahlt.de/regional findest Du Adressen von Gruppen, die gegen Atomenergie aktiv sind und die mit .ausgestrahlt zusammenarbeiten. Dort stehen auch Termine regionaler Anti-Atom-Aktionen. Du kannst Eure Termine dort veröffentlichen.

E-Mail-Newsletter für aktuelle Infos

Um auf dem Laufenden zu bleiben und rechtzeitig von neuen Aktionen, Materialien, Terminen und atompolitischen Entwicklungen zu erfahren, solltest Du auf www.ausgestrahlt.de den kostenlosen E-Mail-Newsletter von .ausgestrahlt abonnieren.



Atommüll-Blog

- Studie zum Freimessen von radioaktivem Müll
- 1000 Atomtransporte heimlich durch Deutschland
- Die gesundheitlichen Folgen des Uranbergbaus
- Entschieden wird woanders: Die zweite Sitzung der Atommüll-Kommission
- Erfolg für australische Ureinwohner



Bewegungsmelder

- AKW Brokdorf: Aus-An-Aus
- AKW Leibstadt: Bohrarbeiten legen Containment lahm
- SchweizerInnen wollen Atomausstieg



Energiewende-Blog

- Deutschland verfehlt Energiespar-Ziel
- Windkraft laut Seehofer gefährlicher als AKW
- EEG-Reform ist "Lex RWE"
- AKW stärker von Klimawandel beeinträchtigt
- Atomkraft verteuert Strom in Frankreich



Fukushima-Blog

- Tepco laufen die Angestellten davon
- Erfolg für Japans Anti-AKW-Bewegung

Mehr lesen: www.blogs.ausgestrahlt.de